

## Medienmitteilung

Departement Finanzen

22. März 2010 (1 Seite)

### **Guter Rechnungsabschluss 2010 der Stadt Winterthur**

**Die Rechnung 2010 der Stadt Winterthur schliesst bei Einnahmen von 1'321 Millionen Franken und Ausgaben von 1'324 Millionen Franken mit einem Aufwandüberschuss von rund 3 Millionen Franken ab.**

Die Rechnung weist nur deshalb einen Aufwandüberschuss auf, weil der Kanton der Stadt Winterthur als Bezügerin von Finanzausgleichszahlungen das Rechnungsergebnis vorschreibt. Alle Gemeinden im Finanzausgleich müssen jeweils einen Teil ihres Eigenkapitals abschreiben.

Es herrschte eine gute Ausgabedisziplin, was sich in der Unterschreitung des Personal- und Sachaufwands widerspiegelt. Beide Kostenblöcke können durch geeignetes Management gesteuert und beeinflusst werden. Kostensteigerungen gab es vor allem im Bereich der Schule und der Erwachsenenhilfe. Bei den Erträgen blieben die Einnahmen aus den Bussen unter den Erwartungen.

Der budgetierte Finanzausgleich von 120 Millionen Franken musste zu 100 Prozent in Anspruch genommen werden. Das zeigt einerseits, dass der Finanzausgleich in dieser Höhe notwendig ist, und andererseits, dass die Stadt Winterthur die Finanzen im Griff hat. Der erfolgreiche Rechnungsabschluss der Stadt Winterthur zeigt aber auch den Mangel des geltenden Finanzausgleichssystems deutlich auf, indem das Eigenkapital weiter abgebaut werden muss. Dies würde mit dem neuen System, über das am 15. Mai abgestimmt wird, abgeschafft.

Die Aussichten im Zusammenhang mit der Reform des Zürcher Finanzausgleichs versprechen für die Stadt Winterthur eine nicht einfache, aber lösbare Ausgangsposition. Der neue Finanzausgleich ist ein breit abgestützter Kompromiss, der in vielen und zähen Verhandlungen im Zürcher Kantonsrat entstanden ist und von fast allen Parteien getragen wird. Der Winterthurer Stadtrat befürwortet den neuen Finanzausgleich, weil dieser grundsätzlich das bessere System darstellt.

Gegen die Höhe der Zentrumslastenausgleiche für die Städte Zürich und Winterthur ist das Referendum ergriffen worden. Eine Annahme dieses Referendums würde die Höhe des Zentrumslastenausgleichs für Winterthur von 86 Millionen um 21 Millionen auf 65 Millionen Franken senken. Das entspricht rund acht bis neun Steuerprozenten. Der Winterthurer Stadtrat setzt sich daher vehement für die vom Kantonsrat verabschiedete, ausgewogene Gesetzesvorlage ein. Eine Annahme des Referendums würde das finanzielle Gleichgewicht im Kanton Zürich empfindlich stören und die Städte Zürich und Winterthur in ihrer Entwicklung stark schwächen. Dies hätte in der Folge auch negative Konsequenzen für den ganzen Kanton.

-----